

UBK
2014

Kassel, den 25.01.2014



Jusos
Kassel-Stadt

[BESCHLÜSSE '14]

zur ordentlichen Juso-Unterbezirkskonferenz des Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25.01.2014 im Wilhelm-Pfannkuch-Haus Kassel.

Inhalt

A1	Vorschlag zum Arbeitsprogramm der Jusos Kassel-Stadt für das Jahr 2014	S. 02
A2	Sozialdemokratische Verkehrspolitik – den Nahverkehrsplan mit gestalten!	S. 04
A3	Vorratsdatenspeicherung	S. 06
A4	Kommunalpolitische Kinder- und Jugendbildung stärken	S. 07
A5	Schluss mit der Lager-Unterbringung!	S. 08

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2014 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25. Januar 2014

Antrag **1**

Antragsteller: Julian Steiner

**Vorschlag zum Arbeitsprogramm der Jusos Kassel-Stadt für das
Jahr 2014**

einstimmig angenommen

Adressaten

Juso-Unterbezirksvorstand Kassel-Stadt

1 Das Arbeitsjahr 2013 war vor allem gekennzeichnet durch die Bundes- und Landtagswahlen,
2 welche uns allen großes Engagement und einen hohen Einsatz abverlangten. Umso mehr
3 gilt es jetzt, die weiteren Entwicklungen auf beiden politischen Ebenen genau zu verfolgen
4 und kritisch zu begleiten. Im Land wird uns das gemeinsam mit der SPD und ihrer Parla-
5 mentsfraktion in der Oppositionsrolle voraussichtlich leichter fallen als auf Bundesebene, wo
6 wir genau abwägen müssen, bei welchen Themen und Entscheidungen wir die Regierungs-
7 arbeit unserer Mutterpartei unterstützen und an welchen Stellen wir uns trotz der Möglichkeit
8 negativer öffentlicher Wahrnehmung lautstark bemerkbar machen und unseren Parteivor-
9 stand und die Fraktionsmitglieder an die im Wahlkampf gemachten Versprechungen erinnern
10 sollten.

11 **Erneuerungsprozess der SPD Kassel-Stadt**

12 Neben dieser grundlegenden Aufgabeliegt es an uns, den durch die Jusos maßgeblich mit-
13 gestalteten Erneuerungsprozess der Kasseler SPD zu einem erfolgreichen und für uns güns-
14 tigen Abschluss zu bringen. Diesbezüglich müssen wir die Ergebnisse der Arbeitsgruppen
15 genau analysieren und bei entsprechend strittigen Punkten auch innerhalb der Sozialdemo-
16 kratie mobilisieren, damit wir auf dem Unterbezirksparteitag am 29. März 2014 unsere Anlie-
17 gen in den Beschlüssen wiederfinden.

18 **Wahl zum Europäischen Parlament**

19 Einen besonderen Schwerpunkt stellt die Europawahl am 25. Mai 2014 dar. Hierbei liegt es
20 an uns, den BürgerInnen und auch unseren GenossInnen zu vermitteln, welche große Be-
21 deutung dieser Wahl und dem EU-Parlament mittlerweile zukommen. Um einen entspre-
22 chend motivierten, kompetenten und überzeugenden Wahlkampf führen zu können, werden
23 wir zunächst unser Wissen über das Institutionengefüge der Europäischen Union ausbauen
24 und uns anschließend inhaltlich/thematisch fit machen. Die entsprechenden Semina-
25 re/Workshops könnten für alle GenossInnen geöffnet werden. Anschließend geht's wieder
26 raus auf die Straße – mit dem Ziel: Möglichst große Öffentlichkeitswirkung bei unseren Akti-
27 onen und Veranstaltungen.

28 **Themen und Inhalte**

29 Darüber hinaus werden wir uns 2014 auch inhaltlich fortbilden und über viele Themen infor-
30 mieren und diskutieren. Neben dem Großthema Europäische Union könnten weitere Schwer-
31 punkte sein:

- 32 • Geschichte der Jusos im Rahmen der ArbeiterInnenbewegung (Grundlage: Buch
- 33 „Wessen Welt ist die Welt? – Geschichte der Jusos“ von Thilo Scholle et al.)
- 34 • Wie geht's weiter in Afghanistan? (Grundlage: Argumente 3/2013 „Vier Tage Kabul,
- 35 Afghanistan“ > Vorschlag, eineN von den drei Jusos einzuladen, die dort gewesen
- 36 sind)
- 37 • Entgrenzte Welt/Asylpolitik (Mögliche Gäste von SPD vebiz, Respekt e.V., Integrati-
- 38 onsvereine etc. einladen)
- 39 • Alltagsrassismus/Antifaschismus (Grundlage: Buch „Deutschland Schwarz Weiss“
- 40 von Noah Sow)
- 41 • Gemeinwohlökonomie (Grundlage: Buch „Gemeinwohlökonomie – Das Wirtschafts-
- 42 modell der Zukunft“ von Christian Felber)
- 43 • Energiewende
- 44 • Kasseler Vereinswesen und -förderung

45 Bezogen auf den letzten Punkt steht der Vorschlag im Raum, im Rahmen einer Tour mehre-

46 re Vereine zu besuchen (Schlagwort „Juso-Vereinstour“). Auf diese Weise bekommen wir

47 einen direkten Eindruck von deren Arbeit und ihren Bedürfnissen, welche wir als Jusos an

48 die entsprechenden Stellen in der Stadtpolitik/-verwaltung weiterleiten können, um konkrete

49 Verbesserungen zu erreichen.

50 **Sonstige Veranstaltungen und Aktionen**

51 Die nun schon länger ins Auge gefasste gemeinsame Juso-Hütte der Unterbezirke Kassel-

52 Land und Stadt könnte zur Vorbereitung auf den Europawahlkampf im Frühjahr oder an-

53 schließend im Sommer zu anderen Themen stattfinden.

54 Die Teilnahme am Christopher Street Day ist bereits gute Tradition und wird auch 2014 wei-

55 tergeführt.

56 Über die Teilnahme an weiteren Veranstaltungen sowie der Durchführung von Aktionen zu

57 aktuellen Themensollte spontan entschieden werden. Dabei sind wir auf die Mitarbeit und

58 Aufmerksamkeit aller Jusos angewiesen.

59 **Organisation**

60 Die vor zwei Jahren weiterentwickelten Organisationsstrukturen haben sich bewährt und

61 sollten sofortgeführt werden; dennoch können wir weiterhin daran arbeiten, Flexibilität bei

62 aktuellen Themen mit einer hohen Attraktivität der Sitzungen zu verbinden. Dies kann aller-

63 dings nur gelingen, wenn sich viele von uns entsprechend einbringen. Deswegen ist es uns

64 ein besonderes Anliegen, dass sich alle Jusos mit ihren Themen und auf individuelle Weise

65 engagieren können. Wer Ideen und Veränderungsvorschläge hat, wird immer auf ein offenes

66 Ohr stoßen, sich einbringen und mitreden können.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2014 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25. Januar 2014

Antrag 2

Antragsteller: Johannes Gerken

Sozialdemokratische Verkehrspolitik – den Nahverkehrsplan mit gestalten!

einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

1 Die Stadt Kassel lässt derzeit durch die Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) den Nahver-
2 kehrsplan fortschreiben. Wir als Kasseler SPD haben im Rahmen der Erstellung des Kom-
3 munalwahlprogrammes für 2011 und darüber hinaus auf den letzten Unterbezirksparteitagen
4 eine Reihe von verkehrspolitischen Maßnahmen und Anforderungen formuliert, die wir nun
5 bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes berücksichtigt sehen wollen.

6 **Angebotsverdichtung**

7 Wir Kasseler Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern, dass das Angebot am
8 Samstagnachmittag dem werktäglichen Standard angepasst wird. Auch nach 15 Uhr an
9 Samstagen besteht ein erhöhtes Verkehrsaufkommen, das einen den Takt der Normalver-
10 kehrszeit rechtfertigt. Überdies fordern wir zudem eine Ausweitung in den Nachtstunden. Vor
11 allem an den Wochenendnächten soll ein durchgängiger Verkehr, zum normalen Verbundtarif,
12 erprobt werden. Hierbei könnten neben den 1.00 Uhr und 2.15 Uhr-Anschlussknoten am
13 Königsplatz weitere Anschlussknoten um 3.30 Uhr, 4.45 Uhr eingerichtet werden, wie sie
14 bereits auf den NVV-Buslinien 37 und 52 angeboten werden!

15 **Netzerweiterungen**

16 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen weiterhin für die Erweiterung des
17 Straßenbahnnetzes in Kassel. Wie in unserem Programm formuliert, möchten wir auch im
18 Nahverkehrsplan zumindest die Möglichkeit offen halten schienengebundene Verkehre nach
19 Waldau, Ihringshausen und dem Herkules in Zukunft zu realisieren. Darüber hinaus sollte
20 auch eine mögliche Verbindung nach Lohfelden enthalten sein, bei der die Diskussion der-
21 zeit schon geführt wird. Innerstädtisch wäre auch perspektivisch eine Tramanbindung von
22 Harleshausen über die Wolfhager Straße zu prüfen.

23 **Restrukturierungen im Busverkehr**

24 Die Kasseler SPD teilt die Einsicht der KVG, dass in den letzten Jahren, respektive Jahr-
25 zehnten in Kassel ein sehr unübersichtliches Busnetz entstanden ist. Wir begrüßen deshalb
26 die Einführung eines klar durchstrukturierten Busnetzes mit klaren Wegeverbindungen und
27 einheitlichen Takten. Wir warnen allerdings auch davor die Feinverteilungsäste zu Gunsten
28 der Stärkung der Hauptlinienstränge zu stark zu beschneiden. Gerade die Buslinien haben in
29 vielen Stadtteilen, die nur peripher mit der Straßenbahn angebunden sind, eine sehr wichtige
30 Funktion für die Mobilität der Bewohnerinnen und Bewohner. Gerade auch mit Blick auf den

31 demographischen Wandel muss deshalb auch eine wohnortnahe Anbindung an den ÖPNV
32 gewährleistet werden. Hierfür wollen wir SPD besonders achten!

33 **Preispolitik**

34 Öffentlicher Verkehr muss allen Menschen zugänglich sein. In Kassel haben wir seit einigen
35 Jahren das Angebot des Diakonie-Tickets. Wir wollen die Nutzung und das Angebot des Di-
36 akonie-Tickets, wie im Wahlprogramm versprochen, evaluieren und entsprechend bei Bedarf
37 nachjustieren. Wenn die Akzeptanz oder das Angebot des Diakonie-Tickets hingegen nicht
38 ausreichend erscheint, werden wir als Kasseler SPD auch die Diskussion um das Sozialti-
39 cket neu, in den eigenen Reihen, wie auch öffentlich, führen müssen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2014 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25. Januar 2014

Antrag **3**

Antragsteller: Julian Steiner

Vorratsdatenspeicherung

angenommen

Adressaten

Juso-Bezirkskonferenz Hessen-Nord
Juso-Bundeskongress
SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord
SPD-Landesparteitag Hessen
SPD-Bundesparteitag
SPD-Fraktionsmitglieder im Deutschen Bundestag

- 1 Der Unterbezirk Kassel-Stadt lehnt jedwede Form der voraussetzungslosen Vorratsdaten-
- 2 speicherung als unverhältnismäßig gravierenden Grundrechtseingriff ab. Vorratsdatenspei-
- 3 cherung bedeutet einen unzumutbaren Eingriff in die Privatsphäre der Menschen und stellt
- 4 alle BürgerInnen unter unbegründeten Generalverdacht. Eine Partei, welche für BürgerIn-
- 5 nenrechte und menschliche Würde stehen will, darf diesen Weg nicht mitgehen und sollte
- 6 sich strikt dagegen aussprechen.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2014 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25. Januar 2014

Antrag **4**

Antragsteller: Louis Marx

Kommunalpolitische Kinder- und Jugendbildung stärken

einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

1 In Kassel sollen die Angebote an kommunalpolitischer Kinder- und Jugendbildung ausgebaut
2 werden. Bisher werden solche Angebote hauptsächlich von Vereinen getragen und organi-
3 siert, die durch ehrenamtliches Engagement die bestehenden Lücken in der städtischen Kin-
4 der- und Jugendförderung zu schließen versuchen. Dabei ist es für eine moderne und fort-
5 schrittliche Stadt essenziell wichtig, dass sich seine BürgerInnen aktiv in die kommunalpoliti-
6 schen Prozesse einbinden. Ein solches Bewusstsein für die eigenen Handlungsspielräume
7 als BürgerIn dieser Stadt, wird schon im Kindesalter gelegt. Dort ist es zunächst wichtig zu
8 begreifen, wie das politische System Stadt funktioniert und wer ihre RepräsentantenInnen
9 sind.

10 Dabei können Projekte wie etwa „Kassel Assel“ des Vereins „Die Kopiloten e.V.“ helfen. Im
11 Alter von 12 bis 15 Jahren können SchülerInnen dort in Kooperation mit ihren Schulen ler-
12 nen, wie man sich über kommunalpolitische Themen informiert und das Gelernte anschlie-
13 ßend mit Unterstützung der ehrenamtlichen Helfer des Vereins, z.B. durch Interviews mit
14 Stadtverordneten, umzusetzen. Gleichzeitig werden die Ergebnisse multimedial aufgearbei-
15 tet und anschließend veröffentlicht. Dies ermöglicht auch anderen InteressentInnen den Zu-
16 gang zu kindgerechten Informationen über Kommunalpolitik.

17 Die Stadt Kassel unterstützt durch die städtische Kinder- und Jugendförderung und das
18 kommunale Jugendbildungswerk bereits viele Projekte für Kinder und Jugendliche. Wir
19 Jusos wünschen uns eine Ausweitung dieser Projekte auf das Themenfeld Kommunalpolitik
20 sowie eine stärkere Förderung der ehrenamtlich tätigen Vereine, wie etwa „Die Kopiloten
21 e.V.“.

Ordentliche Juso-Unterbezirkskonferenz 2014 des
Juso-Unterbezirks Kassel-Stadt am 25. Januar 2014

Antrag **5**

Antragsteller: Oliver Schmolinski

Schluss mit der Lager-Unterbringung!

einstimmig angenommen

Adressaten

SPD-Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt
SPD-Fraktionsmitglieder in der Stadtverordnetenversammlung KS
SPD-Mitglieder im Magistrat der Stadt Kassel

1 Die Stadt Kassel betreibt momentan zwei Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge und
2 AsylbewerberInnen in der Jägerkaserne (max. 145 Personen in der Südstadt) sowie im Dru-
3 seltal (max. 150 Personen in Bad Wilhelmshöhe). Zusätzlich sollen 70 Plätze in der Heinrich-
4 Steull-Schule für 6 bis 12 Monate zur Verfügung gestellt werden. In der Bunsenstraße (Nord-
5 Holland) soll in Modulbauweise eine weitere Gemeinschaftsunterkunft für 150 Personen ge-
6 baut werden.

7 Die Kasseler Sozialdemokratie begrüßt die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen und
8 AsylbewerberInnen, die vor Krieg, Gewalt und Hunger aus ihrer Heimat fliehen mussten.

9 Die Kasseler Sozialdemokratie fordert die SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung
10 sowie den Magistrat auf:

- 11 • Nicht weiter auf Gemeinschaftsunterkünfte zu setzen. Stattdessen sind dezentrale
12 Unterkünfte einzurichten.
- 13 • Die Unterkünfte müssen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.
- 14 • Sich für eine Erhöhung der Unterkunftspauschale in Hessen einzusetzen.
- 15 • Sich auf Bundesebene für die Abänderung des §53 Asylverfahrensgesetz dahinge-
16 hend einzusetzen, dass zentrale Unterkünfte nicht weiter Priorität haben

17 Wenn wir mit den Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Hunger geflohen sind solidarisch
18 sein wollen, müssen wir ihnen die Chance auf ein menschenwürdiges Leben in Deutschland
19 geben. Dazu gehört auch, dass die Unterkunft angemessen und in unserer Mitte stattfindet
20 und nicht in Lagern die jegliche Chance von Integration zerstört.

Begründung:

- *Zu: Nicht weiter auf Gemeinschaftsunterkünfte zu setzen. Stattdessen sind dezentrale Unterkünfte einzurichten.*

Massenunterkünfte unterbinden Integration! In Massenunterkünften bleiben die Asylsuchenden und Flüchtlinge unter sich. Zu einem Austausch zur Aufnahmegesellschaft kommt es selten. Zudem sind die Lebensbedingungen in den Unterkünften

meist miserabel und nicht menschenwürdig. Vor allem die häufigen Traumen der einzelnen Menschen finden in Massenunterkünften keine Berücksichtigung.

- *Zu: Sich für eine Erhöhung der Unterkunftspauschale in Hessen einzusetzen*

Das Land Hessen hat die Aufgabe der Unterkunft der Asylsuchenden und Flüchtlinge den Kommunen übertragen und zahlt dafür Unterkunftspauschalen (ca. 400-500 € pro Person und Monat). Insgesamt zahlt das Land an die Kommunen 33 Millionen € für die Unterkunft (Stand 2012). Eine Aufstockung würde den Kommunen die Chance geben bessere Unterkünfte für die Flüchtlinge bereitstellen zu können.

- *Zu: Sich auf Bundesebene für die Abänderung des §53 Asylverfahrensgesetz dahingehend einzusetzen, dass zentrale Unterkünfte nicht weiter Priorität haben*

Der Paragraph lautet:

§ 53 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

(1) Ausländer, die einen Asylantrag gestellt haben und nicht oder nicht mehr verpflichtet sind, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, sollen in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden. Hierbei sind sowohl das öffentliche Interesse als auch Belange des Ausländers zu berücksichtigen.

(2) Eine Verpflichtung, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen, endet, wenn das Bundesamt einen Ausländer als Asylberechtigten anerkennt oder ein Gericht das Bundesamt zur Anerkennung verpflichtet hat, auch wenn ein Rechtsmittel eingelegt worden ist, sofern durch den Ausländer eine anderweitige Unterkunft nachgewiesen wird und der öffentlichen Hand dadurch Mehrkosten nicht entstehen. Das Gleiche gilt, wenn das Bundesamt oder ein Gericht einem Ausländer internationalen Schutz im Sinne des § 1 Absatz 1 Nummer 2 zuerkennt hat. In den Fällen der Sätze 1 und 2 endet die Verpflichtung auch für die Familienangehörigen im Sinne des § 26 Absatz 1 bis 3 des Ausländers.

(3) § 44 Abs. 3 gilt entsprechend.

Trotz des Paragraphen bringen viele Länder und Kommunen Asylsuchende und Flüchtlinge dezentral unter. So wurden in Hessen 2009 nur noch 34% der AsylbewerberInnen in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Die meisten Kommunen haben das Defizit von Gemeinschaftsunterkünften erkannt und ihre Unterbringungen dezentralisiert. Diesem Vorbild sollte Kassel endlich folgen.